

Die Sollbruchstelle Europas

25.10.2014

Für einen Vortrag in Kyjiw skizziert der US-Amerikanische Historiker Timothy Snyder die letzten 100 Jahre europäischer Geschichte als Abfolge von Integration und Desintegration. Die politischen Implikationen seiner Ausführungen für die Ukraine bleibt Snyder seinem Publikum weitgehend schuldig – möglicherweise aufgrund der Empathie des intellektuellen Fürsprechers gegenüber dem leidgeprüften Land.

Für einen Vortrag in Kyjiw skizziert der US-Amerikanische Historiker Timothy Snyder die letzten 100 Jahre europäischer Geschichte als Abfolge von Integration und Desintegration. Die politischen Implikationen seiner Ausführungen für die Ukraine bleibt Snyder seinem Publikum weitgehend schuldig – möglicherweise aufgrund der Empathie des intellektuellen Fürsprechers gegenüber dem leidgeprüften Land.

Am vergangenen Samstag lud das Zentrum für Visuelle Kultur in seine neuen Räumlichkeiten am äußersten Rande des Kyjiwer Stadtteils Podil. Es war zwar nicht der erste, jedoch der erste freiwillige Umzug für den 2008 an der Kyjiw-Mohyla-Akademie begründeten interdisziplinären Zusammenschluss von kritischen Akademikern, Künstlern und Aktivisten.

Im Februar 2012 kam es zu einem Streit zwischen dem damaligen Universitätspräsidenten und heutigen Bildungsminister Serhij Kwit und den Anhängern des Zentrums. Gegenstand der Kontroverse war eine vom Zentrum für Visuelle Kultur organisierte Kunstaussstellung unter dem Titel „Ukrainischer Körper“. Wenige Tage nach ihrer Eröffnung wurde die Ausstellung wieder dichtgemacht – mit dem Vorwurf, dass es sich dabei um Pornografie handele. „Das ist keine Ausstellung. Das ist Mist“, soll Kwit damals über die Ausstellung gesagt haben. Im Zuge dieser Auseinandersetzung löste sich das Zentrum für Visuelle Kultur von seiner akademischen Schirmherrschaft.

Durch die strenge Funktionalität der neuen Wirkungsstätte fällt der massive Andrang umso deutlicher ins Auge – kurz vor Beginn der Lesung des Yale-Professors sind sämtliche Stuhl-, Wand- und Fußbodenplätze restlos belegt, an die 150 Menschen wollen den Ausführungen ihres unprätentiösen Helden lauschen.

Neue Sprache, alte Politik

Snyder bedankt sich auf Ukrainisch für die Einladung und erntet dafür wohlwollenden Beifall. Der Fachmann für Osteuropäische Geschichte steht wie kein zweiter für den kleinen, aber äußerst reichweitenstarken Zirkel von gelehrten Ukraine-Kennern dies- und jenseits des Atlantiks, die den publizistischen Kampf gegen selbsternannte Osteuropa-Experten aufgenommen haben. Diese erinnern mit ihrem plötzlichen Erscheinen in der Medienwelt bisweilen an die Pilze, die von einem Tag auf den anderen in den tiefen Herbstwäldern Osteuropas aus dem Erdbreich hervorbrechen: manche davon sind ungenießbar, andere gar gefährlich.

Eröffnet wird die Veranstaltung von dem Direktor des Zentrums, Wassyl Tscherepanin, der die Notwendigkeit einer neuen politischen Sprache fordert – gewissermaßen als poststrukturalistische und damit milieuspezifische Reaktion auf die Maidan-Revolution.

Doch weder Tscherepanin, der Ende September von einem rechtsextremen Mob überfallen und krankenhaureif geprügelt wurde, noch Snyder folgen an diesem Abend dieser Devise. Es scheint, als ob sich die politische Wirkungslogik der Ereignisse in der Ukraine seit der Revolution auf dem Maidan nur in Ansätzen von den Erwartungen der Anhänger eines traditionell-realistischen Politikverständnisses abhebt – einer Weltsicht, wie sie im saturierten und alten Europa lange verdrängt, im neuen und osterweiterten Europa hingegen überbetont wurde. Ein neues Vokabular braucht es hierfür indes nicht.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass Snyder für seinen Vortrag tief aus dem Sprachfundus der Geopolitiker des ausgehenden 19. und heraufziehenden 20. Jahrhunderts schöpft: Land- und Meeresimperien, Kolonisierung,

Balkanisierung – Mackinder, Mahan und Co. lassen grüßen. Das ist konsequent, besteht doch die Denkübung an diesem Abend in einem Vergleich zwischen dem Jahr 1914 und der heutigen Zeit.

Die Balkanisierung Europas

Nach Ansicht des prominenten Redners lassen sich die vergangenen 100 Jahre mit den unversöhnlichen Kategorien der Integration und Desintegration fassen. Einer Integration auf der einen Seite stehe eine Desintegration auf der anderen Seite gegenüber. Ein Schelm, wer dabei an EU und Eurasische Zollunion denkt.

Nicht die Zäsur des Ersten Weltkrieges markiere dabei den Anfang vom Ende der Landimperien (vulgo des Deutschen Kaiserreichs, Österreich-Ungarns sowie des Osmanischen Reichs) und somit den Beginn der inneren Dekolonialisierung Europas, sondern bereits die 1912 beginnenden Balkankriege. An diesem Jahr macht Snyder denn auch den Wendepunkt für das weitere Schicksal Europas fest.

Symptomatisch für die Dekolonialisierung sei der erfolgreiche Kampf nationaler Unabhängigkeitsbewegungen gegen ganze Imperien. Die Staatswerdung Serbiens sei schnell zu einem Modell für andere Unabhängigkeitsbestrebungen geworden – und damit im historischen Rückblick betrachtet von größerer Bedeutung als die Französische Revolution, die nicht zum Vorbild getaugt habe. Allerdings benennt Snyder zwei schwerwiegende Geburtsfehler der abtrünnigen Gebiete: erstens sei es den Imperien unmöglich, die jungen Nationen als souveräne Staaten zu akzeptieren; zweitens stehe jeder Nationalstaat aufgrund seiner inhärenten Dysfunktionalität vor wirtschaftlichen Problemen. Die Lösung liegt in der Erhöhung der Staatseinnahmen, die ganz im machtheoretischen Duktus durch die Ausweitung des Staatsgebietes erfolgt – und ohne Krieg nicht zu haben ist.

Nach dem Ersten Weltkrieg habe sich die Tendenz zur Dekolonialisierung Europas verstärkt; Selbstbestimmung hieß das Gebot der Stunde. Zahlreiche Staatsgründungen in Osteuropa, von Polen, der Tschechoslowakei über die baltischen Staaten bis hin zur Ukraine bestätigen die These. Ein wenig polemisch klingt der von Snyder hierfür verwendete Ausdruck von der „Balkanisierung Europas“.

Die beiden Totalitarismen des 20. Jahrhunderts bringen dann unter denkbar schlechtesten Vorzeichen einen neuen Versuch der Kolonialisierung Europas mit sich. Hierin erkennt Snyder, den einige Kollegen der inhaltlichen Nähe zu nivellierenden Totalitarismustheorien bezichtigen, eine der größten Gemeinsamkeiten zwischen Hitler und Stalin. In dieser Hinsicht komme der Ukraine in den Plänen beider Diktatoren eine Schlüsselrolle zu; als „Lebensraum“ und als „Brotkorb“, der nationale Autarkie verspreche und dadurch die Unzulänglichkeiten des verhassten Nationalstaates überwinden könne.

Folgerichtig fügt Snyder die Nachkriegsgeschichte ebenfalls in jenes Spannungsfeld zwischen De- und Rekolonialisierung: „EU-Integration beginnt dort, wo der alte Imperialismus endet“, so die steil anmutende These. Der Wunsch nach Frieden sei mitnichten handlungsleitend gewesen, vielmehr müsse die EU-Integration als Reaktion auf die Dekolonialisierung seit dem Ersten Weltkrieg verstanden werden. Als Argument verweist der Historiker auf das postimperiale Wesen derjenigen Staaten, die unter das supranationale Dach schlüpfen: Frankreich, Italien, Westdeutschland. Die Entwicklung der EU nach der Desintegration der Sowjetunion nimmt in dieser Hinsicht eine Sonderrolle ein: Seit der Osterweiterung bestehe das Projekt EU sowohl aus postimperialistischen als auch aus postimperialisierten Staaten wie etwa Polen oder Ungarn.

Staat. Nation. Kapital. Scheiße?

Welche Implikationen birgt das alles für die heutige politische Lage der Ukraine? Die Antwort des Akademikers fällt ernüchternd knapp aus: Wieder liege die Ukraine genau an der Sollbruchstelle zwischen Integration und Desintegration, zwischen Europäischer Union und der eurasischen Alternative. Das Konzept der Nation reduziert sich dadurch zu einem bloßen Übergangsphänomen, zu dem kurzen Augenblick der Ruhe vor dem nächsten Pendelschlag.

Die russische Außenpolitik begreift Snyder dabei als Ausdruck eines strategischen Relativismus. Dieser beruhe auf

dem Wissen um die eigene Schwäche und der Direktive, dass sich Stärke nur durch die Zerstörung des Anderen gewinnen lasse – auf sämtlichen Ebenen. Die Zivilgesellschaft im eigenen Land, die Nationalstaaten in der Nachbarschaft und auf globaler Ebene das „dekadente“ Europa, wie der Außenminister und knallharte Diplomat der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, den Feind im Westen mittlerweile öffentlich bezeichnet.

Leider hält Snyder zu stoisch an der strikten Dichotomie seines Konzepts fest – und weist damit nur in Ansätzen auf die eigentliche Stärke der EU hin, die sich seiner dargestellten De- und Rekolonialisierungslogik entzieht und der Ukraine überdies einen Ausweg aus dem nationenkritischen Dilemma weist: „Die Ukraine wird in dem Moment ein vollwertiger Nationalstaat, in welchem sie der EU beitrifft.“

Ein wenig mehr wissenschaftlicher Duktus und eine Definition der Begrifflichkeiten hätten dem Vortrag in diesem Punkt gutgetan. So versäumt es Snyder etwa, auf die grundlegenden Unterschiede im Wesen von Imperien hinzuweisen, die sich vor allem in der Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie bemerkbar machen. Der britische Historiker Geoffrey Hosking notierte dazu einst: „Britain had an Empire, but Russia was an Empire“ – eine pointierte Aussage, die auf die Probleme Russlands mit der Objektivierbarkeit seiner Selbst und damit auf sein Verhältnis zu den ehemaligen Sowjetrepubliken hinweist. Unbeantwortet bleibt damit auch die Frage nach der imperialistischen Beschaffenheit der EU. Das lässt unnötigen Freiraum für eine Radikalkritik – etwa im besten (oder schlechtesten, je nach Standpunkt) Arendtschen Sinne: Kapitalismus gleich Imperialismus gleich Faschismus. In diesem Licht betrachtet scheint das neoliberale Projekt EU fast schon so kritikwürdig, wie Russland es die Welt glauben machen möchte.

In der abschließenden Fragerunde reicht die Luft im Veranstaltungsraum kaum mehr zum Atmen, die Temperaturamplitude gegenüber der Außenwelt ist stark angestiegen. Vielleicht reicht die Kraft deshalb nur noch dazu aus, dem Gastredner einige tagespolitische Statements abzuringen. In Erinnerung wird sicherlich die Antwort Snyders auf die Frage nach den innenpolitischen Gründen der Intervention in der Ukraine bleiben, die gerade durch den berufsbedingten Blickwinkel des Historikers überzeugt: Putin treibe die Frage um, als welcher Staatsmann er in das kollektive Gedächtnis Russlands eingehen werde. Bleibt zu hoffen, dass er in 50 Jahren nicht als Krim-Eroberer und Sieger über das dekadente Europa gefeiert wird.

Autor: **Johann Zajaczkowski**

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.